Nr. 85 Juli/August 2012

WeltTrends

Zeitschrift für internationale Politik

Brasilien – Land der Gegensätze

Ordnung und Fortschritt?
Jenseits des Neoliberalismus
Neue linke Sozialpolitik
Musterdemokratie?
Macht der Landlosen

WeltBlick
Auf Peróns Spuren
Kurskorrektur in Somalia
Rentierstaat Algerien

Streitplatz
Außenpolitik in Rot-Rot-Grün

Analyse
Polen regierte Europa

Bücher & Tagungen

20 Jahre WeltTrends

9,50 Euro • 12 CHF
www.welttrends.de

STREITPLATZ

Außenpolitik in Rot-Rot-Grün

Was spricht eigentlich gegen die Regierungskombination Rot-Rot-Grün auf der Ebene des Bundes? Gegen die konkrete Herrschaftskooperation der sich als mehr oder minder links verstehenden deutschen Parteien? Reflexartig fällt das Schlagwort: Außen- und Sicherheitspolitik! Die Militärinterventionen in Afghanistan, Irak und Kosovo lehnte Die Linke konsequent ab. SPD und Grüne stimmten und stimmen mehrheitlich zu. Gab es in den Reihen der Sozialdemokratischen Partei, vor allem aber in jenen der einst pazifistisch gestarteten Grünen in der Kosovofrage noch massive innerparteiliche Auseinandersetzungen, hatten spätere Auslandseinsätze höchstens Bekundungen von Bauchschmerzen im Gepäck und keine Farbbeutel. Interventionen als Symptome: In zentralen außenpolitischen Fragen wie jener nach der Reform der NATO, der europäischen Außen- und Sicherheitspolitik sowie einer internationalen Wirtschafts- und Finanzpolitik besteht angesichts differierender Standpunkte Diskussionsbedarf, um nicht nur die gesamtpolitischen Verhältnisse, sondern auch sich selbst zum gemeinsamen Tanzen zu ermuntern.

Wir bringen ein Diskussionspapier von Vertretern der drei Parteien aus Deutschland und Österreich. Anknüpfungspunkte für eine gemeinsame Reformpolitik in den Fragen des Sicherheits- und Außenpolitischen sollte die Linksreformismus-Tagung, die zwischen dem 4. und dem 6. Februar 2011 stattfand, herausarbeiten. Es zeigt sich, dass rot-rot-grüne Vorstellungen in den Bereichen Stärkung des Europäischen Parlaments, faire Handelspolitik und Friedenssicherung durchaus kompatibel sind. Für und Wider stehen sich gegenüber – unversöhnlich? Nicht umsonst eröffnet *WeltTrends* mit diesem Beitrag einen neuen Streitplatz: Mit Worten soll gestritten werden – eine gute Grundlage liegt vor.

Christoph Sebastian Widdau

Linksreformistische Europa- und Außenpolitik

Diskussionsstandspapier der Track-Gruppe 5 der Linksreformismus-Tagung 4. bis 6. Februar 2011 in Berlin von Nadja Douglas (Die Linke), Myriam Riedel (SPD), Erhard Crome (Die Linke), Maria Maltschnig (SPÖ), Karl-Heinz Niedermeyer (SPD) und Christian Beck (B'90/Grüne)

Parlamentarisierung der EU für die Rückgewinnung politischer Steuerungsfähigkeit

Das Europäische Parlament (EP) muss aufgewertet werden: Zum einen muss seine Stellung innerhalb des Institutionengefüges der EU gestärkt werden, indem es dem Rat gleichberechtigt gegenübergestellt wird. Das Mitentscheidungsverfahren ist auszuweiten. Darüber hinaus soll eine wirkliche Wahl der Kommission durch das Parlament erfolgen, evtl. auch durch die Wahl der/des Kommissionspräsidentin/en aus der Mitte des EP.

Die Wahlen zum EP sollen europäisch werden, indem europaweite Listen aufgestellt und europaweite Wahlkämpfe mit europäischen Themen geführt werden. Idealerweise würde die Wahl in allen Mitgliedstaaten am selben Tag durchgeführt. Politische Richtungsentscheidungen (vor allem rechts-links) müssen bei Wahlkämpfen eine entscheidende Rolle spielen. Die europäischen Parteien sollen mit einem/einer europäischen Spitzenkandidaten/in in den Wahlkampf gehen.

Aber auch auf nationaler Ebene müssen Parlamente wieder gestärkt werden, wenn es um außenpolitische Entscheidungen geht. Durch die Internationalisierung von Außen- und Sicherheitspolitik findet eine Machtverschiebung von der Legislative zur Exekutive statt. Parlamentarier/innen nicken de facto nur noch ab, was Staats- und Regierungschef/innen auf internationaler Ebene bereits verhandelt haben und können so zu wenig inhaltlich an den Entscheidungsdetails mitwirken.

Generell leidet nicht nur die Gestaltungsmöglichkeit von Parlamenten. Um multinationalen Konzernen und Wirtschaftsinteressen gegenüber regulierungsfähig zu sein, müssen Nationalstaaten sich auf europäischer Ebene zusammenschließen und

so ein handlungsfähiges Gegengewicht etablieren. Wir fordern beispielsweise eine Börsenumsatzsteuer/Finanztransaktionssteuer. Die Europäische Union muss sich aus eigenen Finanzquellen finanzieren können, zum Beispiel durch vom Parlament beschlossene Steuern.

Wir fordern, dass zivile Missionen vom nationalen Parlament mandatiert werden, um für die Missionen mehr Aufmerksamkeit zu erzeugen und die nötigen Ressourcen sicherzustellen.

Sozialer Stabilitätspakt

Innerhalb der EU gibt es starke Bestrebungen, den Stabilitäts- und Wachstumspakt mit schärferen Sanktionen auszustatten. Sparen wird damit aber teils auch zulasten notwendiger Zukunftsinvestitionen erzwungen, wie zum Beispiel der Investitionen in Bildung, Infrastruktur, Gesundheit und sozialen Frieden. An solchen falschen Stellen zu sparen kann die Ökonomie vor allem in der Zukunft aber noch stärker belasten als die Zinsen hoher Staatsschulden. Deshalb fordern wir eine Lösung für den Zielkonflikt des bisherigen Stabilitätspaktes und der sozialen EU-2020-Ziele: 25 Prozent beziehungsweise 20 Millionen weniger Menschen in Armut, >40 Prozent Hochschulabsolvent/innen (unter den 30- bis 34-Jährigen), <10 Prozent Schulabbrecher/innen, >3 Prozent Bruttonationaleinkommen (BNE) für Forschung und Entwicklung. Die Erfüllung dieser sozialen EU-2020-Ziele muss mindestens genauso sanktionsbewehrt sein wie die Erfüllung der Sparziele des Stabilitäts- und Wachstumspaktes.

Weniger Abhängigkeit von fossilen Energien

Die Gesellschaften und Volkswirtschaften Deutschlands und Europas sind nach wie vor in erheblichem Maß vom Import von Erdöl und anderen fossilen Energieträgern abhängig. Der Höhepunkt der Ölförderung ist weltweit überschritten, die Auseinandersetzung um die Ressourcen nimmt zu. In den Förderländern werden autokratische Regime am Leben erhalten. Die Reduzierung des Verbrauchs an fossilen Energieträgern in Europa ist daher nicht nur umwelt-, wirtschafts- und sozialpolitisch geboten, sondern trägt auch zur Förderung von Frieden, Entwicklung und Demokratie bei.

Für eine gerechte Handelspolitik

Die EU-Handelspolitik verfolgt im Großen und Ganzen zwei Ziele. Zum einen ist das die Erschließung von Absatzmärkten und zum anderen die Sicherstellung von Rohstoffquellen. Dieser einseitige Zugang zu internationalen Wirtschaftsbeziehungen ist symptomatisch für die marktzentrierte EU-Politik. Wir fordern, dass europäische Handelspolitik folgende Prämissen als Leitlinien verfolgt:

– Internationale Verteilungsgerechtigkeit,
– Verhandlungen auf Augenhöhe,
– Demokratie,
– Einhaltung von Kernarbeitsnormen,
– Einhaltung der Menschenrechte,
– Nachhaltige Entwicklung.

Zivile Kapazitäten für die Friedenssicherung

Wir fordern:

1. Personelle und finanzielle Aufstockung der Mittel für den zivilen Friedensdienst in Deutschland und Ergänzung dieser Programme durch EU-Mittel und EU-Projekte.
2. Koordination der europäischen zivilen Helfer/innen (Mediator/innen, Richter/innen, Polizeiausbilder/innen etc.) in Krisengebieten durch die EU und einheitliche Ausbildungsregeln.
3. Übernahme der Verantwortung und der Kosten für den Einsatz deutscher ziviler Helfer/innen (beispielsweise der von den Ländern gestellten Polizist/innen) in Krisengebieten durch den Bund.
4. Konzentration der zivilen Aufbaumittel auf den Aufbau funktionierender Staats-, Verwaltungs- und Justizorgane und einkommensschaffende Projekte für die lokale Bevölkerung.
5. Umsetzung einer langfristig angelegten und von militärischen Vorgaben unabhängigen Struktur- und Aufbauhilfe in den Zielländern von Kriseninterventionen.
6. Mittel für die Entwicklungszusammenarbeit mindestens in Höhe von 0,7 Prozent des BNE als Global Development Goal.

Kollektive Friedenssicherung

Friedenssicherung in Europa muss von militärisch dominierten und auf Konfrontation mit einem außenstehenden Gegner angelegten Verteidigungsbündnissen, wie der NATO, in stärkerem Maße auf kollektive Sicherheitssysteme verlagert werden, die sich vor allem auf nicht militärische Methoden der Konfliktbearbeitung wie vertrauensbildende Maßnahmen, Mediation und friedenssichernde Projekte sowie interkulturellen Austausch in Form von Jugendfreiwilligendiensten, Städtepartnerschaften und internationalen Schulungen von Friedensaktivist/innen stützen. Zur Förderung dieser zivilgesellschaftlichen Zusammenarbeit fordern wir auch die Schaffung voller Reisefreiheit in ganz Europa durch die Abschaffung von Visa-Zwängen.

Die aus der Schlussakte von Helsinki 1975 hervorgegangene OSZE muss als Nukleus eines kollektiven Sicherheitssystems mit kontinenteübergreifender Reichweite wieder mit Leben erfüllt, auf solide vertragliche Grundlagen gestellt und mit konkreten Handlungsmöglichkeiten für die Friedenssicherung ausgestattet werden.

Wesentliche Schritte für eine solche Aktivierung der OSZE sind eine ernsthafte Auseinandersetzung mit dem vom russischen Präsidenten Medwedjew initiierten Projekt des Vertrages über europäische Sicherheit (VES), die Ratifizierung des adaptierten Vertrages über konventionelle Sicherheit in Europa, die Umsetzung des Wiener Dokuments für vertrauens- und sicherheitsbildende Maßnahmen, insbesondere in der Anwendung auf die eingefrorenen Konflikte im OSZE-Bereich sowie der endgültige Verzicht auf die Errichtung von Raketenabwehrsystemen im OSZE-Bereich.

Kollektives Konfliktmanagement erfordert eine Einbeziehung aller Konfliktparteien vor Ort und umfassende mehrdimensionale Mediation. Darüber hinaus sollte zivilgesellschaftliche Expertise Eingang finden in internationale Instrumente der Konfliktprävention und Konfliktbearbeitung, zum Beispiel in die Arbeit des Konfliktpräventionszentrums der OSZE. Innerhalb der zivilen Friedensarbeit sollte auf Methoden der Friedensbewegung wie zum Beispiel gewaltfreie Kommunikation zurückgegriffen werden.

Transparenz und zivilgesellschaftliche Kontrolle

Staatliches Handeln in Europa sollte transparent und für die Bürger/innen nachvollziehbar sein. Verhandlungen sollten transparent und nicht in exklusiven Formaten stattfinden. Die im Code of Conduct über politisch-militärische Aspekte von Sicherheit der OSZE geschaffenen Ansätze für eine parlamentarische und zivilgesellschaftliche Kontrolle der Aktivitäten staatlicher Sicherheitskräfte müssen in allen Vertragsstaaten öffentlich bekannt gemacht und umgesetzt werden.

Welt Trends
Zeitschrift für internationale Politik

Bestellen Sie jetzt die Ausgabe Nr. 75!

Exit Afghanistan

Einstieg in den Ausstieg
Was Algerien lehrt
Der Afghanistan-Komplex
Abzug nicht kopflos

Deutsche Interessen

Frankreich und Europa
Krieg am Horn
Energie und Klima

Abo-Vorteile!
6 Ausgaben jährlich
ab 25 €!

bestellung@welttrends.de amazon.de www.welttrends.de

Nr. 86 September/Oktober 2012

WeltTrends

Zeitschrift für internationale Politik

Neue Weltordnung 2.0

Hegemone und Imperien

Machtverlust des Westens?

Globus ohne Zentrum

Herausforderung Asien

Wiederkehr der deutschen Frage

WeltBlick

USA vor den Wahlen

Wer regiert Ägypten?

Fiasko Rio+20

Streitplatz

Außenpolitik in Rot-Rot-Grün

Historie

Die Karibik-Krise von 1962

Bücher: Weltordnung und Geopolitik

20 Jahre WeltTrends

www.welttrends.de

Ein starrer Blick nach vorn

… löst keine grundlegenden Widersprüche

Angelika Beer

Ausgehend von der Überlegung, dass die Außen- und Sicherheitspolitik der Hauptgrund für eine Inkompatibilität „linker" Parteien inklusive der Linkspartei in Sachen gemeinsame Regierungspolitik sei, loten die Autorinnen und Autoren des *WeltTrends*-Beitrags „Linksreformistische Europa- und Außenpolitik" Gemeinsamkeiten aus linksreformistischer Perspektive aus – und werden durchaus fündig: Stärkung des Europäischen Parlaments, faire Handelspolitik und Friedenssicherung. Diese drei gemeinsamen Eckpfeiler einer linksreformistischen Europa- und Außenpolitik sind als Ergebnis der Linksreformismus-Tagung am 4. bis 6. Februar 2011 in Berlin mit einigen Leitlinien skizziert worden. Aber: Ist das alles? Diese drei uralten und dabei so schwammig-pauschalen Grundsatzforderungen? Alle tatsächlich problematischen Bereiche, insbesondere aktuelle Ereignisse in Krisengebieten, scheinen – offenbar wegen strittiger Positionierung? – ausgespart worden zu sein. In den Bereichen, in denen also ein tatsächliches gemeinsames Handeln notwendig wäre, hat die linksreformistische Arbeitsgruppe wenig an Handlungsvorschlägen anzubieten. Auch die vorgelegten Leitlinien sind durchweg mager beziehungsweise an den entscheidenden Stellen unkonkret, weil die strittigen und unklaren Punkte umschifft worden sind.

Angelika Beer, geb. 1957, MdL Schleswig-Holstein, Piraten, Vorsitzende des Parliamentarian Network for Conflictprevention, EastWest Institute. www.angelika-beer.de

Die erste Forderung nach einer Stärkung des Europäischen Parlaments beispielsweise, hier begleitet vom Vorschlag, europäische Parteien – finanziert durch europäische Steuern – in der ganzen Europäischen Union antreten zu lassen und nicht mehr nur einzeln in den Mitgliedstaaten, wird im dritten Absatz bereits wieder relativiert, indem gleichzeitig auch eine Stärkung der nationalen Parlamente in außenpolitischen Fragen eingefordert wird. Dies ist ein offensichtlicher Widerspruch: Eine europäische Vergemeinschaftung von Außenpolitik nach dem Mehrheitsprinzip bricht in jedem Fall mit dem nationalen Souveränitätsprinzip und hebelt so de facto die Selbstbestimmung der nationalen Parlamente aus. Dieser Widerspruch belastet die ohnehin ziemlich schwammige Forderung nach „Parlamentarisierung der Europäischen Union

für die Rückgewinnung politischer Handlungsfähigkeit“, die dann nebenbei auch noch mit der Forderung nach einer Finanztransaktionssteuer zur Finanzierung der Europäischen Union verbunden wird.

An diesem Beispiel wird deutlich, wie der Versuch einer klaren gemeinsamen Positionierung aufgrund grundlegend widersprüchlicher Zielrichtungen zum Scheitern verurteilt ist. Die entscheidende Frage der Europapolitik wird ausgeklammert: Politische Union – ja oder nein? Ein Ja zu Europa als politischer Union würde in der Konsequenz auch bedeuten, weitreichende Kompetenzen von der nationalen auf die europäische Ebene zu verlagern. Hierzu müsste sowohl die europäische Verfassung als auch das Grundgesetz der Bundesrepublik entsprechend umfassend geändert werden. Die linksreformistische Koalition müsste Deutschland mittelfristig so reformieren, dass es als wirtschaftsmächtigster Teilstaat in aufzubauenden „Vereinigten Staaten von Europa“ entsprechend positioniert ist. Und das mit einer Linken, die aus dem Euro raus will? Ein Nein zu Europa wiederum würde an der nationalen Souveränität und an einer Europäischen Union als reiner Wirtschaftsunion, ohne wirkliche gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik, festhalten. Diesen Widerspruch vermag die linksreformistische Arbeitsgruppe nicht klar aufzuzeigen, geschweige denn Lager übergreifend aufzulösen. Dieses Europa-Beispiel zeigt die ambivalente linksreformistische Perspektive auf: Man lotet die Gemeinsamkeiten aus – und sie sind ziemlich mager. Alles, was wirklich problematisch ist, fehlt. Ein paar Grundsatzfloskeln werden verfasst, aber die realen Problemlagen werden komplett ausgeblendet – Israel, Gaza, Syrien, Iran, Afghanistan, Mali, Sudan, Uganda und viele, viele andere aktuelle Krisengebiete mehr, die dringendes Handeln erfordern.

Ansonsten stellt das Papier eine interessante Auflistung unvollständiger Ansätze dar, bei denen immer mal wieder wichtige Details vergessen oder ausgeblendet werden. Bei den zivilen Kapazitäten für die Friedenssicherung etwa fehlt komplett der Aspekt der Bildung; das rein taktisch zu verstehende Medwedjew-Papier wiederum wird als „Projekt“ überbewertet, das es schlicht nicht ist. Insgesamt ist den Autorinnen und Autoren jedoch kein Vorwurf zu machen: Ihr Papier stellt erste Gemeinsamkeiten heraus und kann der Anfang zu einer Debatte

sein, die zur weiteren Annäherung führen kann. Denn in vielen anderen gesellschaftlich brisanten Themengebieten hat man ja bereits durchaus Gemeinsamkeiten gefunden, wenn auch nur auf dem kleinsten gemeinsamen Nenner.

Voraussetzung für eine weitere Annäherung wäre allerdings, dass SPD und Grüne die Außen- und Sicherheitspolitik ihrer gemeinsamen Regierungszeit selbstkritisch aufarbeiten. Die Bereitschaft zur Beteiligung an einem völkerrechtswidrigen NATO-Einsatz gegen das ehemalige Jugoslawien, die Entmündigung des Parlaments im Vorfeld, das „Erzwingen" der Zustimmung der Koalitionsfraktionen zum Afghanistaneinsatz durch die Kanzlerfrage und die Überflugrechte für Briten und US-Amerikaner beim Krieg gegen den Irak sind nur wenige der vielen Punkte, aus denen beide Parteien Konsequenzen ziehen müssten, um eine glaubwürdige Außen- und Sicherheitspolitik zu konzipieren, die nicht nur europatauglich, sondern auch international verantwortungsbewusst wäre.

Der Rückgriff der Autoren auf die Stärkung der OSZE von 1975 und das Auslassen einer Konfliktanalyse (zum Beispiel zu Südwestasien oder dem Nahen Osten) ist offensichtlich politischen Widersprüchen geschuldet. Eine rot-rot-grüne Regierung als Akteurin in einer globalisierten Welt ist so nur schlecht vorstellbar. Der überfälligen Diskussion, Positionierung und Weiterentwicklung im Hinblick auf den Beschluss der UNO 2005 zu Responsibility to Protect (R2P) beziehungsweise dem Grundsatz der *Human Security* weicht dieser Text ebenso aus. Selbst bei der Forderung nach einem Verbot von Rüstungsexporten gibt es nur eine bequeme Binnensicht. Wird man im Konsens den Bundessicherheitsrat (und damit die andauernde Übergehung des Parlaments) abschaffen? Welche Initiativen werden gemeinsam verfolgt, um z. B. das Arms Trade Treaty so zu schärfen, dass es Rüstungsexporte verhindert – oder wird man sich international isolieren, nur weil man das eigene Ziel, Rüstungsexporte zu verhindern, nicht durchsetzen kann?

Das vorliegende „Diskussionsstandspapier" ist kein realistisches Konzept für die Zukunft und taugt nicht für die Rückgewinnung politischer Steuerungsfähigkeit – allenfalls dazu, eine längst überfällige Debatte anzustoßen.

WeltTrends

Zeitschrift für internationale Politik

Themenhefte (Auswahl)

86 | Neue Weltordnung 2.0
85 | Brasilien – Land der Gegensätze
84 | Ernährung garantiert?
83 | Arabische Brüche
82 | Autoritarismus Global
81 | Atomare Abrüstung
80 | Japan in der Katastrophe
79 | Rohstoffpoker
78 | Polen regiert Europa
77 | Vom Fremden zum Bürger
76 | Herausforderung Eurasien
75 | Exit Afghanistan
74 | Vergessene Konflikte
73 | Klimapolitik nach Kopenhagen
72 | Südafrika und die Fußball-WM
71 | Selektive Grenzen
70 | Brodelnder Iran
69 | Europäische Brüche
68 | NATO in der Sinnkrise
67 | Außenpolitik in Schwarz-Rot
66 | Energiesicherheit Deutschlands
65 | Naher Osten – Ferner Frieden
64 | Konfliktherd Kaukasus
63 | Geopolitik Ost
62 | Zerrissene Türkei
61 | Soziale Bewegungen in Lateinamerika
60 | Russische Moderne
59 | EU-Außenpolitik nach Lissabon
58 | Regionalmacht Iran
57 | Ressource Wasser
56 | Militärmacht Deutschland?
55 | G8 Alternativ
54 | Identität Europa
53 | Rotes China Global
52 | Deutsche Ostpolitik
51 | Geheime Dienste
50 | Kerniges Europa
49 | Militär in Lateinamerika
48 | Internet Macht Politik
47 | Europäische Arbeitspolitik
46 | Globale Finanzmärkte
45 | Von Dynastien und Demokratien
44 | Modernisierung und Islam
43 | Großmächtiges Deutschland
42 | Europäische Außenpolitik
41 | Transatlantische Perspektiven II
40 | Transatlantische Perspektiven I
39 | Wohlfahrt und Demokratie
38 | Politisierung von Ethnizität
37 | Vergelten, vergeben oder vergessen?
36 | Gender und IB
35 | Krieg im 21. Jahrhundert
34 | EU-Osterweiterung im Endspurt?
33 | Entwicklungspolitik
32 | Balkan – Pulverfaß oder Faß ohne Boden?
31 | Recht in der Transformation
30 | Fundamentalismus
28 | Deutsche Eliten und Außenpolitik
27 | 10 Jahre Transformation in Polen
26 | (Ab-)Rüstung 2000
24 | Wohlfahrtsstaaten im Vergleich
21 | Neue deutsche Außenpolitik?
20 | Demokratie in China?
19 | Deutsche und Tschechen
18 | Technokratie
17 | Die Stadt als Raum und Akteur
16 | Naher Osten – Region im Wandel?
14 | Afrika – Jenseits des Staates
12 | Globaler Kulturkampf?
11 | Europa der Regionen
8 | Reform der UNO
7 | Integration im Pazifik
6 | Zerfall von Imperien
5 | Migration
3 | Realer Post-Sozialismus
2 | Chaos Europa
1 | Neue Weltordnung

www.welttrends.de

Bestellen Sie …

… mit einer Mail an bestellung@welttrends.de

… auf www.amazon.de – Suchwort „WeltTrends“